

SCHWARZE LISTE

Startseite
Petition unterstützen
UnterstützerInnen
ProponentInnen
Presseaussendungen & Medienberichte
Kontakt
Impressum



ProponentInnen-Komitee

Sie können auch selbst als Proponent im Komitee mitwirken. Dazu schreiben Sie uns ein kurzes Statement (max. 600 Zeichen) an die e-mail a.babler@reflex.at und senden auch ein Foto von ihnen mit. Bitte auch ihren Beruf oder ihre Funktionsbezeichnung sowie ihren Ort dazu angeben. Wir behalten uns das Recht vor, zu entscheiden welche Beiträge veröffentlicht werden. (die veröffentlichten Kommentare stellen die persönlichen Ansichten der jeweiligen Personen dar)



Bgm. Fritz Knotzer,
Bürgermeister der
Stadt Traiskirchen

Semperit ist nur ein tragisches Beispiel allgemeiner unmenschlicher Konzernpolitik

Der Fall Semperit ist ein Beispiel eines inhumanen ökonomischen Gesellschaftssystems, in dem die Profitinteressen einiger Weniger über dem Wohl der arbeitenden Menschen steht. Mehr noch: Auch die Republik Österreich zahlte noch ihre Zeche dazu.

Aber die Semperit ist leider nur ein einzelnes Beispiel, wie große Konzerne mit Menschen, Gemeinden und Regionen umgehen, wenn sie nur irgendwo glauben mehr Profit machen zu können. Man sollte diese Konzerne nicht noch zusätzlich mit öffentlichen Aufträgen „belohnen“!

Daher unterstütze ich die Kampagne mit der Schwarzen Liste!



STR Andreas Babler, gf.
Stadtparteivorsitzender
der SPÖ Traiskirchen

Menschen und Politik dürfen sich nicht alles gefallen lassen – Mut zum Widerstand!

Als Kind einer Semperitstadt hat man Zugang zu Industriegeschichte. Eine ständige Wechselwirkung zwischen der Stadt und dem Werk prägen uns als BürgerInnen Traiskirchens. Von glorreichen Produktionszeiten mit gut verdienenden ArbeiterInnen und ausgezeichneten Sozialleistungen bis schlussendlich hin zum Kampf gegen einen internationalen Konzern, der als lupenreines Symbol von menschenfeindlichen Kapitalismus beschrieben werden kann.

Die Erfahrungen die wir dabei machten, wollen wir dazu nutzen nunmehr generell aktiv gegen solche Praktiken Stellung zu beziehen! Es geht uns um die Menschen und um nichts weniger!



Wolfgang Moitzi,
Verbandsvorsitzender
der Sozialistischen
Jugend Österreichs

Lassen wir uns nicht mehrlänger auf der Nase herumtanzen!

Jahr für Jahr werden unzählige Millionen € von Gemeinden, Ländern und dem Bund an Unternehmen subventioniert. Und das Ergebnis? Oft sind diese mit Steuergeldern geförderten Konzerne nach dem Einstreichender Förderung im sprichwörtlichem Sinne über alle Berge. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen, aber auch vor allem auch die Politikschaut diesem traurigen Schauspiel nur hilf- und tatenlos zu, die aus reinen Profitmaximierungsgründen Arbeitsplätze abbauen oder sogar ganze Standorte verlagern. Das Ergebnis sind oftmals enorme wirtschaftliche Probleme für ganze Regionen! Damit sich die SteuerzahlerInnen und die Politik in Zukunft nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen, unterstütze ich die Forderung nach einer „schwarzen Liste“ für Unternehmen. Denn wer trotz öffentlicher Subventionen ihre Standorte aus Österreich ausgelagert und dadurch Arbeitslosigkeit in den Städten, Gemeinden und Regionengeschaffen hat, hat nicht durch öffentliche Aufträge belohnt zu werden!



Öffentliche Aufträge mit sozialer Verantwortung

Sozial verantwortliche Politik muss ihre Auftragsvergabe auch jenseits der „sichtbaren“ Produktqualität gestalten. Betriebe mit sowohl fairen Arbeits- und Lohnbedingungen als auch korrekten Steuer- und Beitragszahlungen dürfen gegenüber Betrieben, die negativen Standortwettbewerb mit Lohn- und Steuerdumping betreiben, im Vergabewesen nicht auch noch von der öffentlichen Hand benachteiligt werden. Bund, Länder und Kommunen sollen



Mag.a Gertraud Jahn,
Perg (ÖÖ)

ihre Aufträge daher so erteilen, dass neben dem konkreten Beschaffungsziel wichtige soziale Politikziele, wie die Gleichstellung der Geschlechter oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gefördert werden.



David Stockinger, SPÖ-Sektionsvorsitzender Schwechat, Mitglied des Bezirksparteivorstandes SPÖ Schwechat

Für die Lebensqualität der Menschen statt Profite für einige Wenige!

"Es ist höchst an der Zeit, dass auch aus den Gemeinden ein Zeichen gegen ein unmenschliches Wirtschaftssystem gesetzt wird, das den arbeitenden Menschen nicht nur ihre Lebensgrundlage entzieht und zu Armut, Elend und Entwurzelung führt, sondern das sich auch direkt auf die Lebensqualität in den Kommunen auswirkt. Erheben wir gemeinsam die Stimme gegen die Profitlogik des Kapitalismus-Menschen statt Profite! Daher unterstütze ich die Initiative der SPÖ Traiskirchen."



Michael Heim, Stv. Fraktionsvorsitzender SPÖ Wöllersdorf-Steinabrüchl-Feuerwerksanstalt, Vorsitzender SPÖ Steinabrüchl

ES IST GENUG!

Schon genug, dass Bund, Land und Gemeinden den Betrieben immer wieder Steuererleichterungen und Förderungen bieten, die Unternehmen jedoch immer weniger Standorttreue beweisen sondern nur Gewinnmaximierung durch Abwanderung betreiben. Schon genug, dass die erstklassigen Fachkräfte die Österreich hervorbringt, zu immer schlechteren Bedingungen beschäftigt werden. Schon genug, dass die Wirtschaft weltweit alle Fäden in der Hand hält und Menschenrechte immer weniger bis gar nichts gelten. ES IST GENUG!



Franz Gartner,
Vizebürgermeister der Stadt Traiskirchen, Abg. zum NÖ Landtag

Gegen die Machenschaften großer Konzerne!

Als Abgeordneter zum NÖ Landtag und vor allem als Obmann des Wasserleitungsverbandes der Triestingtal- und Südbahngemeinden spreche ich mich vehement gegen die Machenschaften und Globalisierungen großer Konzerne aus. Das ist sicherlich der falsche Weg. Ich fordere daher alle Kommunen und Wasserverbände auf, sich dieser Kampagne der SPÖ Stadtorganisation anzuschließen und beim Ankauf von Reifen darauf zu achten die richtigen Produkte anzuschaffen, um damit Arbeitsplätze im eigenen Land zu sichern.



GR Werner Rochlitz,
Klosterneuburg

Keine miesen Geschäfte mit unseren (Steuer)geld!

Es ist ungeheuerlich, dass heutzutage ein Anbieter bei Vergaben, Waren die unter unmöglichen Bedingungen – beispielsweise Kinderarbeit - hergestellt wurden, als Bestbieter liefern kann und genommen werden muss. Ein Skandal ist es auch, dass Dienstleistungen feilgeboten werden die unter nur unter mehr oder weniger legaler Umgehung geltender Kollektivverträge um diesen Preis geboten werden können. Die öffentliche Hand darf bei derartigen Machenschaften nicht mitspielen. Darum fordere ich die schwarze Liste jetzt!



Es ist ungeheuerlich, dass man mit unseren Namen weiterhin Reifen verkaufen darf!

Aber es wird sicher anderen genauso ergehen wie uns ehemaligen SEMPERITLERN, doch wenn die Konzerne so weiter in den Osten wandern werden sie aber irgendwann wieder zurück sein, doch bis dahin sind Millionen Menschen und Länder ruiniert. Daher unterstütze ich dieses Vorgehen. Auf unsere Rettungsaautos werden sicher keine Continentalprodukte mehr verwendet werden. Ich hoffe, andere Dienststellen folgen unserem Beispiel. Denn

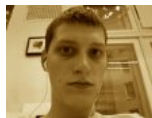
STR Erwin Mücke,
Technischer Leiter
ASBÖ Traiskirchen-
Trumau



Claudia Purkert,
Ortsvorsitzende der
SPÖ Paffstätten



Andreas Fronz,
Vorsitzender der SJ
Traiskirchen



Michael Mayer,
Vorsitzender Rote
Gfraster Wr. Neustadt



Prof. Mag. Robert
Knollmüller,
Pffstätten



Gabi Stockmann, Bad

wenn Regierungen diesen Raubrittertum kein Ende machen können, muss die Bevölkerung selbst tätig werden.

Für Privatkonsumenten eine Selbstverständlichkeit – für öffentliche Stellen höchst notwendig!

Der Konsument bestimmt das Angebot – so wird es schon lange im privaten Bereich praktiziert. Wer heute im Supermarkt einkauft entscheidet sich für oder gegen Biofleisch, Eier aus Bodenhaltung, etc. Wird der Druck des Konsumenten zu groß, muss der Anbieter reagieren. Und genau diesen Druck sollte auch die öffentliche Hand ausüben dürfen. Sie vergibt Förderungen zum Nutzen der Unternehmen. Doch wie sieht der „Dank“ der Unternehmen aus? Am Beispiel Continental wurde das sehr eindrucksvoll präsentiert – es wurde Schutt und Asche hinterlassen, nachdem man sich aller Möglichkeiten bedient hatte. Auch Gemeinden und die Republik sind KonsumentInnen, die Druck ausüben können und auch sollen – zur Stärkung der Fairness!

Was hätten wir denn anderes zu erwarten gehabt?

Soziales Handeln und Profit sind doch für einen multinationalen Konzern nicht unter einen Hut zu bringen. Ein Arbeitsplatz mehr oder weniger scheint in einer Jahresbilanz nicht auf, dort steht vielleicht als Fußnote: „Produktionskosten konnten durch Verlagerung nach -wohin auch immer- halbiert werden.“ Dass ein Staat und damit am Ende immer wir Alle, Förderungen bezahlt haben, interessiert zu diesem Zeitpunkt niemanden mehr, das war in der Kalkulation von Anfang an mit eiberechnet. Es kann und wird nur dann ein Umdenken geben, wenn sich eine breite Masse der Bevölkerung daran stößt und auch dementsprechend handelt.

Multis tun das, was sie tun müssen - Die Menschen bleiben dabei auf der Strecke

Eigentlich ist es aus Sicht multinationaler Konzerne ja ganz selbstverständlich, jede Möglichkeit auszunutzen, um an noch mehr Kapital zu kommen. Dass zuerst Förderungen kassiert werden, um dann trotzdem eine Produktion stillzulegen, ist ja in diesem Zusammenhang nur logisch. Betrachtet man aber die andere Seite, so bringt der Profit Weniger die Krise für viele. Menschen statt Profite, das ist schon seit Jahren das Schlagwort der Linken, nun gilt es das auch umzusetzen. Wir müssen Konzernen klarmachen, dass ihre Handlungen Konsequenzen haben, und sie dementsprechend sanktionieren. Nur so können wir ein Umdenken erzwingen. Wir brauchen aber auch Mut zu starken staatlichen Unternehmen als Gegenpool zu neoliberalen Geschäftsagenda dieser Konzerne. Nur so können wir dem Treiben dieser Konzerne Einhalt gebieten.

Höchste Zeit!

Höchste Zeit, dass „fair trade“ mehr als nur ein Begriff im Konsumverhalten des offiziellen Österreichs auf allen Ebenen – von der Kommune bis zur Republik – ist. Aufgrund dieser Initiative wird das hoffentlich auch konsequent betrieben!

Schwarze Liste

Auf die Schwarze Liste gehören auch Firmen, die überwiegend befristete Verträge oder nur noch Teilzeit-Jobs anbieten, LeiharbeiterInnen beschäftigen, Dumpinglöhne unter 10 Euro pro Stunde zahlen, freie Verträge statt Fixanstellungen anbieten, keine Frauen in Spitzenpositionen haben und sich aus der Lehrlingsausbildung zurückziehen.

Vöslau, freie
Journalistin und Autorin



Prof. Dr. Josef
Weidenholzer, Präsident
der österreichischen
Volkshilfe

Ein wesentlicher Schritt!

Öffentliche Einrichtungen sollten viel stärker als bisher darauf achten, in ihrer Vergabepolitik jene Unternehmen zu berücksichtigen, die sich an soziale Standards und an selbstverständliche Grundregeln halten. Dazu bedarf es auch politischer Massnahmen auf nationaler und europäischer Ebene. Die Initiative des Bürgermeisters der Stadt Traiskirchen, Fritz Knotzer ist ein wesentlicher Schritt in diese Richtung.



GR Thomas Bauer,
Vors. der
Personalvertreter der
Stadt Traiskirchen,
Vorsitzender der GdG
Thermenregion

Die Ausbeutung der Arbeitskraft

Der Fall Semperit ist leider ein Paradebeispiel, wie Kapitalismus in seiner grenzenlosen Gier über tausende Arbeitsplätze vernichtete. Das Streben nach mehr Geld ließ die handelnden Personen ihre Menschlichkeit vergessen und die Besessenheit nach Macht überwältigte den Verstand. Ich hoffe, dass mit dieser Aktion ein wirksames Zeichen gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft für die Zukunft gesetzt wird.



Günther Franz, SPÖ
Bezirksgeschäftsführer
Tulln

Ich möchte aus tiefster persönlicher Überzeugung diese Petition unterstützen.

Zuerst wird von solchen Firmen mit den Arbeitsplätzen Werbung gemacht um so viel Steuergeld als möglich zu bekommen. Sobald diese „Einnahmequelle“ nicht mehr großzügig genug ist, werfen sie die Menschen raus um in einem anderen Land nach dem selben Verhaltensmuster vorzugehen. Diesem unmoralischen Treiben und der Raffgier gehört endlich ein Ende gesetzt. Veröffentlichen wir eine Liste, auf der jene Produkte angeführt sind, die von - mit Steuergeld subventioniert und gefördert - Firmen stammen, deren sogenannte „Gewinnmaximierung“ Anlass war ihre Produktion in Österreich einzustellen um ins Ausland abzuwandern. So kann Jeder/e selbst entscheiden welches Produkt er/sie kauft. Geben wir den Menschen auch in diesem Bereich die Chance auf mehr Selbstverantwortung!